

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 239

Mittwoch, den 12. Oktober 1927

34. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichspräsident v. Hindenburg empfing den preussischen Ministerpräsidenten Braun.
— Reichstagspräsident Lbbe hat den Reichstag zum 18. Oktober einberufen.
— Am heutigen Mittwoch veranstaltet die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in Berlin eine große Kundgebung.
— Der Reichsrat will sich am Donnerstag mit der Besoldungsvorlage und am Freitag mit dem Schulgesetz befassen.
— In Gegenwart des Königs und der Minister wurde in Madrid die spanische Nationalversammlung eröffnet.
— Auf der Landstraße Kleinschönau—Zittau (Sachsen) stieß ein Auto auf einen Pferdewagen. Die sechs Insassen des Autos wurden teils schwer verletzt.
— In Ludwigslust fielen einem Großfeuer in einer Fleischkonzerndesfabrik etwa 1500 Zentner Wurst und Fleisch zum Opfer.

Tagung des Einzelhandels.

Gegenwärtig findet in der Reichshauptstadt eine Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels statt, die am heutigen Mittwoch mit einer öffentlichen Kundgebung ihren Abschluß findet. Der Hauptgegenstand der bisherigen Erörterungen und Verhandlungen der Ausschüsse und der am Dienstag abgehaltenen Mitgliederversammlung bildeten Steuerfragen, Besoldungsneuregelung, Verwaltungsreform und Wirtschaftslage. Ein gewisser Zusammenhang aller dieser Dinge ist nicht zu verkennen, an ihren Auswirkungen aber ist auch der Einzelhandel erheblich interessiert. Von der Verwaltungsreform wird eine Verminderung der Steuerlast erwartet, von der Besoldungsneuregelung ein Zwang der Länder zur Sparbarkeit und damit eine Erleichterung der Verwaltungsreform.

Diese Gedanken beherrschten denn auch vielfach die Referate, besonders aber die Ausführungen des Oberregierungsrats Dr. Udametz. Dr. Udametz ist der Ansicht, daß die Hoffnungen des Reichsfinanzministers, die Besoldungsmehrkosten durch steigende Steuererträge decken zu können, auf die Dauer sich nicht erfüllen. Den Ländern und Gemeinden werde daher nichts anderes übrig bleiben, als entweder nach neuen Einnahmequellen zu suchen oder die Kosten für die öffentlichen Verwaltungen herabzudrücken. Da im nächsten Jahre eine Steuerlast von weit über 20 Milliarden Mark auf der ganzen Wirtschaft lasten werde, werde man endlich mit einer durchgreifenden Verwaltungsreform beginnen müssen.

Während die Dienstag-Mitgliederversammlung zunächst nichtöffentlich war, und mit der Erörterung interner Angelegenheiten ausgefüllt wurde, kommt der Kundgebung am heutigen Mittwoch auch größere Allgemeinbedeutung zu. Neben dem Verbandsvorsitzenden Grünfeld werden nämlich auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der preussische Handelsminister Dr. Schreiber das Wort nehmen.

Mit der Tagung des Deutschen Einzelhandels haben nunmehr sämtliche Spitzenverbände der Waren-Erzeugung und -Verteilung in einem Zeitraum von etwa sechs Wochen ihre Hauptversammlungen abgehalten. In Stettin und in Magdeburg tagten Landwirtschaftliche Organisationen, in Frankfurt der Reichsverband der deutschen Industrie und in Hannover der Großhandel. Gemeinsam war allen das Bekenntnis zur Steigerung der deutschen Produktionskraft und zur Herstellung von Qualitätsware. Zu gleichen Gedanken bekannte sich auch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels.

Im übrigen brachte die Tagung noch interessante Feststellungen über wirtschaftliche Veränderungen, die den Einzelhandel erheblich in Mitleidenschaft zogen. Während sich die Ausgaben der Bevölkerung für Gebrauchsgüter gegenüber der Vorkriegszeit wenig geändert haben, sind die Ausgaben für Textilien bis auf die Hälfte, teilweise sogar bis auf ein Drittel der Vorkriegszeit zurückgegangen! Gewiß, die Wege zu Schlankheit, Sport und Abhärtung, die man heute mit mehr oder weniger Geheiß begehrt, führen nicht durch die Gefilde der Textilwirtschaft; das allein erklärt den Rückgang im Textilhandel jedoch nicht. In den Einsparungen an Textilierzeugnissen muß vielmehr auch ein Zeichen der deutschen Not erblickt werden! Reparations- und Steuerlasten machen es weiten Kreisen des deutschen Volkes einfach unmöglich, sich in gleichem Umfang wie der Mittelstand der Vorkriegszeit mit Leib- und Hauswäsche einzudecken. Das Gewicht dieser Tatsache wird auch dadurch nicht eingeschränkt, wenn man als weiteren Faktor der ungünstigen Lage

er Textilwirtschaft den schnellen Wechsel der Mode mit in Betracht zieht.

Ein weiterer Beweis für die steuerliche Überlastung des deutschen Volkes ist darin zu sehen, daß die Notlage des Textilhandels auch durch die vielerorts eingeführten Warenabgaben auf Kredit oder gegen Teilzahlung keine Entspannung erfahren hat. Mag man mit diesem System in Nordamerika noch so große Erfolge erzielt haben, in Deutschland liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Die Kaufkraft der amerikanischen Arbeiter ist mit der der deutschen nicht zu vergleichen. Das amerikanische Nationalvermögen hat sich gegenüber dem von 1912 um 75 Prozent vermehrt, das deutsche dagegen — Schätzungen zufolge — um rund 40 Prozent vermindert!

Darmit kommen wir immer wieder auf das die ganze deutsche Wirtschaft beherrschende Problem der Reparationsleistungen und Kriegszahlungen zurück. Eine endgültige Wirtschaftsbelebung ist nur von der Befreiung der deutschen und europäischen Wirtschaft von den Fesseln der riesigen Kriegszahlungen zu erhoffen. Das ist das Ziel, auf dessen Lösung uns alle Tagungen wirtschaftlicher Verbände immer wieder hinweisen. Zur Verwirklichung dieses Programms bedarf es allerdings überlegter Schritte und zweckentsprechender Handlungen.

Deutschlands vorbildliche Sozialpolitik.

Eröffnung der Vollziehung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes.

Unter zahlreicher Beteiligung nahmen am Dienstag die öffentlichen Beratungen des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes im Gebäude des Reichsarbeitsministeriums ihren Anfang. Reichsminister Dr. Brauns begrüßte die Teilnehmer, wünschte der Tagung einen erfolgreichen Verlauf und wies dann auf die von Deutschland auf sozialpolitischem Gebiet geleistete Arbeit hin. Der Minister stellte fest, daß die deutsche Sozialpolitik vielfach auch für andere Länder richtunggebend gewesen sei.

Die Ordnung der deutschen Sozialversicherung bilde die Inkraftsetzung der Gesetze über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Zum Schluß warf Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einen kurzen Rückblick auf die sozialpolitische Arbeit der letzten Monate und überreichte Ratifikationsurkunden zu internationalen Übereinkünften, während er die baldige Unterzeichnung weiterer Abkommen ankündigte.

Eigentum verpflichtet! — Wille zur Verständigung.

Ein Empfangsabend der Arbeitgeberverbände. Zu Ehren der Mitglieder des in Berlin tagenden Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes veranstaltete die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände einen Empfangsabend, an dem Vertreter der Reichsregierung, führende Persönlichkeiten des Internationalen Arbeitsamtes, der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens teilnahmen.

Geheimrat Dr. von Borjig begrüßte die Gäste, forderte alle Verantwortlichen auf, im nationalen und internationalen Leben das Trennende zurückzustellen und das Verbindende zu betonen. Dieser Gedanke beherrsche die deutsche Außenpolitik, er müsse auch für die Sozialpolitik maßgebend werden. Die Mahnung unseres ehrwürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg habe auch in den Herzen der Arbeitgeber lebhaften Wiederhall gefunden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns übermittelte die Grüße der Reichsregierung und erklärte, über der Lebensaufgabe des Unternehmers müsse die Mahnung stehen: Eigentum verpflichtet! Endziel aller Arbeit müsse die Herstellung des Friedens mit der Arbeitnehmerschaft sein, also die Einheit im Sinne Hindenburgs. Neue Zeiten erforderten neue Gedanken und neue Taten, das gelte besonders für das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Eine Verständigung beider sei der beste Weg zum kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Nach weiteren Ausführungen des Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Fontaine, nahm

Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort. Der Minister führte aus:

„In allen Ländern und Völkern zuckt noch die Erschütterung nach, die im Gefolge des Krieges die Umwälzung der geistigen und sozialen Verhältnisse mit sich gebracht hat. Der Weltkrieg wird viel zu sehr bewertet

nach Schlachten und militärischen Gesichtspunkten statt nach den geistigen Umbildungen und Umwälzungen. War die Weltwirtschaftskonferenz der Ausfluß des Suchens nach einer Verständigung der Wirtschaft, so ist das Suchen nach dem sozialen Frieden die notwendige Ergänzung dazu. Dabei bedeutet der Geist mehr als die Paragraphen, die Freiwilligkeit mehr als der Zwang. Daß Deutschland jeden Weg gehen wird, der zum sozialen Frieden führt, ergibt sich aus seiner eigenen Lage als großes Industrieland und aus der Notwendigkeit, Frieden unter seinen Volksgenossen zu halten. Daß es alles tun wird für den Ausgleich zwischen den Arbeitsbedingungen der einzelnen Völker, ergibt sich aus seiner Stellung als Exportindustrialand, die erheißt, daß unter gleicher Sonne und gleichem Schatten die Wirtschaft der Völker sich vollzieht.“

Dr. Stresemann erörterte dann die deutsche Außenpolitik, betonte, daß sie dem Ziele der Verständigung und der Zusammenarbeit diene, und stellte fest, daß dies gerade

die Hindenburgfeier des deutschen Volkes klargestellt habe. Wenn Millionen Deutscher der ehrwürdigen Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg in überschäumender Herzlichkeit huldigten, so nicht deshalb, weil in der Verehrung für den Generalfeldmarschall der Gedanke der Revanche und der kriegerischer Begeisterung zum Ausdruck kommen sollte, sondern gerade deshalb, weil uns der Reichspräsident die Seelenbildung seiner Entzweiung der menschlichen Persönlichkeit ist, die aus Erziehung, Tradition und innerer Einstellung den Frieden in sich gefunden hat zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart. Hindenburg sei für uns die Verkörperung dessen, wie man in Pflichterfüllung über die Grenze des biblischen Alters hinaus sich jenen irdischen Ausgleich erringt, der die Voraussetzung ist für die Verwirklichung der großen Idee der Arbeit und tätigen Schaffens im Sinne der friedlichen Verständigung, die beste Erfüllung nationaler Pflicht ist. Wie sehr diese Gedanken alle Volksschichten bewegten, hätten die Ausführungen des Industrieführers von Borjig gezeigt, der sich zu unserer Außenpolitik bekannt hätte, eingedenk des Hindenburg-Wortes: Wer den Krieg kennt, wünscht den Frieden. — Zum Schluß kamen noch Kommerzienrat Bogel-Chemnitz, Direktor Albert Thomas und andere Mitglieder des Verwaltungsrates zu Worte.

Primo de Rivera demontiert.

Keine Preisgabe Marokkos durch Spanien. Primo de Rivera, der Chef der spanischen Regierung, ließ der Madrider Presse eine Erklärung zugehen, nach der eine Preisgabe Marokkos durch Spanien nicht in Erwägung gezogen und auch zwischen ihm und Chamberlain in Palma nicht erörtert worden ist. Die Richtigkeit der Angaben eines englischen Journalisten, der behauptete, Primo de Rivera habe in einer Unterredung direkt das Gegenteil behauptet, wird bestritten. Wenn die spanische Presse den Widerspruch mit „Mißverständnissen“ und „schlechten Uebersetzungen“ erklären will, ist eine solche Methode denn noch nicht beweiskräftig, schon deshalb nicht, weil Spanien wiederholt mit dem Gedanken einer Preisgabe Marokkos gespielt hat. Von Chamberlain ist eine Erklärung der Angelegenheit nicht zu erwarten, da er bisher eine Neuerung über seine Besprechungen mit Primo de Rivera strikte ablehnte.

Eröffnung der spanischen Nationalversammlung. — Madrid, 12. Oktober. In Anwesenheit des Königs und der Minister wurde hier die spanische Nationalversammlung feierlich eröffnet. Primo de Rivera hielt eine kurze Ansprache.

Bayern zur Steuervereinbarung.

Bedenken gegen die jetzige Vorlage. — Das Problem der Besoldungsmehrkosten. — Antrag auf Erhöhung der Reichsüberweisungen.

Am Dienstag nahm der Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtags seine Arbeiten nach den Sommerferien wieder auf. Finanzminister Schmölzle erklärte bei der Beratung des Etats seines Ministeriums, die bayerische Regierung könne dem Steuervereinbarungsgesetz in seiner jetzigen Form nicht zustimmen. Die Steuerhoheit, die den Ländern auf dem Gebiet der Realsteuer noch geblieben sei, würde mit dem jetzigen Entwurf eines Steuervereinbarungsgesetzes endgültig beseitigt. Das Gewerbe-